

## Niederschrift

### über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt der Stadt Baesweiler am 07.11.2013 im Sitzungssaal des Rathauses Setterich

Beginn: 18.00 Uhr  
Ende: 19.25 Uhr

Anwesend waren:

a) stimmberechtigte Mitglieder:

Baumann, Marita  
für Schöneborn, Christian  
Beckers Rolf  
für Deserno, Hans-Dieter  
Burghardt, Uwe  
Derichs, Hubert  
Heinrichs, Ina  
Kohlhaas, Margarete  
Laufer, Jürgen  
Lux, Heiko  
Mandelartz, Alfred  
Menke, Wilfried als Vorsitzender  
Mohr, Christoph  
Schaffrath, Siegfried  
für Neumann, Nico  
Schmidt, Kathi  
Strank, Dr. Karl-Josef  
Zillgens, Bruno

b) von der Verwaltung:

I. und Techn. Beigeordneter Strauch  
Beigeordneter Brunner  
StOAR Froesch  
StOI Frings als Schriftführer

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 24.10.2013 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden. Der Ausschuss war nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Presse, Herrn I. und Techn. Beigeordneten Strauch, Herrn Beigeordneten Brunner sowie die weiteren Mitarbeiter der Verwaltung.

**T A G E S O R D N U N G :****A) Öffentliche Sitzung**

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 23.05.2013
2. Anordnung eines Durchfahrverbotes für LKW im Bereich der Ortsdurchfahrt Setterich;  
hier: Antrag der CDU-Ratsfraktion/des CDU-Ortsverbandes Setterich vom 18.10.2013
3. Verkehrssituation auf dem Geh-/Radweg zwischen der Aachener Straße und der Bahnhofstraße;  
hier: Versatzsperre
4. Fußläufige Situation im Bereich „In der Schaf“; Prüfung der Verbesserung der Barrierefreiheit  
hier: Antrag der SPD-Fraktion
5. Parksituation im Bereich der Aachener Straße 218 und 220; Prüfung der Anlegung von Parkmöglichkeiten  
hier: Antrag der SPD-Fraktion
6. Park- und Verkehrssituation im Bereich der Maarstraße bis Friedensstraße; Prüfung der Ausweisung einer Einbahnstraße  
hier: Antrag der SPD-Fraktion
7. Verkehrssituation im Bereich Steingässchen/Easingtonstraße
8. Fußgängerüberwege auf der Hauptstraße im Stadtteil Setterich
9. Ausweisung eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs, Hauptstraße Setterich;  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
10. Verkehrssituation in der Hofstraße;  
hier: Antrag des CDU-Ortsverbandes Loverich-Floverich-Puffendorf
11. Park- und Verkehrssituation in Floverich, Willibrorstraße, im Bereich der dortigen Gaststätte  
hier: Antrag der SPD-Fraktion
12. Verkehrsrechtliche Anordnungen nach der Neugestaltung der Hauptstraße/ 4. Bauabschnitt, zwischen Emil-Mayrisch-Straße und Bahnstraße
13. Abschluss von Verlängerungsvereinbarungen bezüglich der Sammelgroßbehältnisse (Duales System) zwischen der Stadt Baesweiler und der BellandVision GmbH
14. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes – Teilkonzept Altkleider – durch den Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)
15. Neufassung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Baesweiler
16. Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen im Bereich Mariastraße 4;  
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 23.09.2013

17. Mitteilungen der Verwaltung
18. Anfragen von Ausschussmitgliedern

**B) Nicht öffentliche Sitzung**

19. Mitteilungen der Verwaltung
20. Anfragen von Ausschussmitgliedern

**A) Öffentliche Sitzung**

**1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 23.05.2013**

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 23.05.2013 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

**2. Anordnung eines Durchfahrverbotes für LKW im Bereich der Ortsdurchfahrt Setterich;  
hier: Antrag der CDU-Ratsfraktion/des CDU-Ortsverbandes Setterich vom 18.10.2013**

Herr Mohr von der CDU-Fraktion äußerte, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag folgen würde. Der LKW-Verkehr in Setterich sei ein ernsthaftes Problem, dem mit einem Durchfahrverbot für Lastkraftwagen gezielt begegnet werden könne. Hier- von ausgenommen werden soll jedoch der Anliefer- und der landwirtschaftliche Ver- kehr.

Herr Beckers von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wies darauf hin, dass der An- schluss der B 57n an die L 240n bereits zum Jahr 2011 seitens Straßen NRW zuge- sagt wurde. Ab diesem Zeitpunkt habe sich die Fertigstellung immer wieder verzö- gert.

Seit Oktober 2012 sei nunmehr der nördliche Teil ausgebaut. Der LKW-Verkehr von der Anschlussstelle Aldenhoven kommend hätte bereits ab diesem Zeitpunkt die Ortsumgehung nutzen können.

Auch nach Information von bestimmten Betrieben im Gewerbegebiet bzw. der Navi- gationsgerätehersteller habe der LKW-Verkehr größtenteils weiterhin die Ortsdurch- fahrt Setterich zum Gewerbegebiet genutzt.

Er wies darauf hin, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der Vergangenheit schon mehrfach ein Durchfahrverbot für LKW für den Stadtteil Setterich gefordert ha- be. Dies sei die einzige effektive Lösung, um dem hohen LKW-Aufkommen zu be- gegnen.

Die nun vorgestellten Überlegungen sollten sich jedoch nicht nur auf den Stadtteil Setterich beschränken. Der aus Richtung Anschlussstelle Hoengen/Eschweiler kom- mende LKW-Verkehr nutze oftmals die Verbindung Klos- haus/Kapellenstraße/Geilenkirchener Straße zur Zufahrt zum Gewerbegebiet. Auch in diesem Bereich sollte nunmehr die Durchfahrt für LKW verboten werden.

Aus diesem Grund beantrage er, den Beschlussvorschlag um „als auch für den Ortsteil Baesweiler mit den Bereichen Kloshaus/ Aachener Straße/ Kapellenstraße/ Geilenkirchener Straße“ zu erweitern, um auf diese Weise nicht nur den nördlichen Teil des Stadtgebietes Baesweiler einzuschließen.

Herr Mohr von der CDU-Fraktion äußerte, dass er grundsätzlich keine Einwände gegen den von Herrn Beckers erweiterten Beschlussvorschlag habe, jedoch darum bitte, für den Bereich Baesweiler vorerst die Ergebnisse kommender Verkehrszählungen nach Anschluss der B 57n an die L 240 abzuwarten, bevor bereits jetzt überstürzt eine Erweiterung beschlossen werde.

Herr Mandelartz von der SPD-Fraktion führte aus, dass dem Beschlussvorschlag in beiden Fällen von der SPD-Fraktion zugestimmt werde. Bereits bei der Bereisung der Verkehrskommission habe er darauf hingewiesen, dass die bisher getroffenen Maßnahmen nicht abschließend sein können. Als Beispiel führte Herr Mandelartz die Stadt Zülpich an, die den LKW-Verkehr gänzlich auf Umleitungsstraßen hätte verweisen können.

Beigeordneter Brunner informierte, dass LKW-Durchfahrverbote an spezielle rechtliche Bedingungen geknüpft seien und gegen derartige Verbote bereits Klageverfahren in anderen Städten geführt worden seien. Demnach müsse vor einer Erweiterung des Beschlussvorschlages eine rechtliche Überprüfung erfolgen. Erst nach der Herabstufung der Hauptstraße sowie dem Anschluss der Umgehungsstraße an die L 240n hätten sich die rechtlichen Möglichkeiten eines Verbots ergeben.

Der Vorsitzende äußerte, dass die von Herrn Beckers eingebrachte Erweiterung auf Grund ihrer Tragweite ggfls. vorab geprüft und sodann in den Fraktionen diskutiert werden sollte.

Frau Kohlhaas von der FDP-Fraktion stimmte dem Vorsitzenden nicht zu und nannte die von Herrn Beckers eingebrachte Erweiterung eine logische Ergänzung.

Herr Beckers von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen konkretisierte hierauf, dass die von ihm eingebrachte Erweiterung des Beschlussvorschlages einen Prüfauftrag mit einschließe.

Herr Dr. Strank von der SPD-Fraktion bat, das Verbot auch für Baesweiler anzuordnen. Der Beschlussvorschlag solle mit der Zielsetzung versehen werden, mittelfristig den gesamten LKW-Durchgangsverkehr auf die Ortsumgehungen zu verweisen.

Herr Burghardt von der CDU-Fraktion brachte an, dass er grundsätzlich mit dem Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen einverstanden sei, er jedoch „einen Weg der kleineren Schritte“ bevorzuge und nicht in der heutigen Sitzung über eine Erweiterung des Beschlussvorschlages entschieden werden solle.

Herr Dr. Strank von der SPD-Fraktion wies darauf hin, dass im Beschluss eine Priorisierung für den Stadtteil Setterich formuliert werden solle, verbunden mit dem Willen, alle Stadtteile mit einzubeziehen.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch fasste die Erweiterung wie folgt zusammen: „In einem ersten Schritt solle das LKW-Verbot im Stadtteil Setterich durchgesetzt werden und nach erfolgreicher Umsetzung geprüft werden, ob eine Ausdehnung auf das gesamte Stadtgebiet möglich ist.“

Der Vorsitzende stellte den von Herrn I. und Techn. Beigeordneten Strauch vorgebrachten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt befürworteten den Antrag und beschlossen bei einer Enthaltung, die entsprechenden Maßnahmen für die Ausweisung eines LKW- Durchfahrverbotes im Bereich zwischen der L 225/Hauptstraße und der B 56/B 57 für den Fall einer Realisierbarkeit. Ziel ist es, das LKW-Durchfahrverbot mit Freigabe der B 57n bis zur L 240n umzusetzen. In einem ersten Schritt wird das LKW-Verbot im Stadtteil Setterich durchgesetzt und nach erfolgreicher Umsetzung geprüft, ob eine Ausdehnung auf das gesamte Stadtgebiet möglich ist.

**3. Verkehrssituation auf dem Geh-/Radweg zwischen der Aachener Straße und der Bahnhofstraße;  
hier: Versatzsperre**

Herr Beckers von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen äußerte Übereinstimmung mit der Erweiterung des Abstandes zwischen den einzelnen Elementen der Versatzsperre auf 1,50 m. Es müsse nun beobachtet werden, ob die Erweiterung des Abstandes nun auch die Probleme für Rollstuhlfahrer und Eltern mit Kinderwagen löst.

**Beschluss:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt beschlossen einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, die Umlaufsperre entsprechend zu versetzen.

**4. Fußläufige Situation im Bereich „In der Schaf“; Prüfung der Verbesserung der Barrierefreiheit  
hier: Antrag der SPD-Fraktion**

Herr Mandelartz von der SPD-Fraktion erkundigte sich, ob hinsichtlich der Versetzung eines Lichtmastes zwischenzeitlich ein Ergebnis vorliege.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch informierte, dass die Kosten für die Versetzung eines Lichtmastes nach Rücksprache mit der EWW im vierstelligen Bereich anzusetzen wären. Als Alternative werde seitens der Verwaltung daher vorgeschlagen, eine Absenkung auf der Mittelinsel - im hinteren Teil kurz vor der Laterne - zu errichten, die weitaus kostengünstiger sei.

**Beschluss:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt beschlossen einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, Bordsteinabsenkungen im hinteren Bereich der Mittelinsel der Bushaltestelle „In der Schaf“ einzurichten.

**5. Parksituation im Bereich der Aachener Straße 218 und 220; Prüfung der Anlegung von Parkmöglichkeiten  
hier: Antrag der SPD-Fraktion**

Herr Mandelartz von der SPD-Fraktion wies auf die Bereisung der Verkehrskommission vom 19.09.2013 hin. Von der Verwaltung sei seinerzeit geäußert worden, dass bereits Gespräche mit der Arbeiterwohlfahrt – nach Einreichung eines gleichlautenden Antrages - stattgefunden hätten. Er erkundigte sich nunmehr nach dem aktuellen Sachstand.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch informierte, dass nach Antragstellung Kosten für die Absenkung der Bordsteine zur Schaffung von weiteren Parkmöglichkeiten im Gehwegbereich ermittelt und der Arbeiterwohlfahrt übermittelt wurden. In Anbetracht der hohen Kosten habe die Arbeiterwohlfahrt jedoch von ihrem Ansinnen abgesehen.

**Beschluss:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt nahmen die Ausführungen einstimmig zur Kenntnis.

6. **Park- und Verkehrssituation im Bereich der Maarstraße bis Friedensstraße;  
Prüfung der Ausweisung einer Einbahnstraße  
hier: Antrag der SPD-Fraktion**

Der Vorsitzende verwies auf die Niederschrift der Bereisung der Verkehrskommission vom 19.09.2013.

**Beschluss:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt beschlossen einstimmig, von der Ausweisung einer Einbahnstraße im Bereich der Maarstraße bis Friedensstraße abzusehen.

7. **Verkehrssituation im Bereich Steingässchen/Easingtonstraße**

Der Vorsitzende verwies auf die Niederschrift der Bereisung der Verkehrskommission vom 19.09.2013.

**Beschluss:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt beschlossen einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, zwei Quermarkierungen in vorgetragener Form im Einmündungsbereich Steingässchen zu schaffen und die dortige Verkehrsentwicklung weiterhin zu beobachten.

8. **Fußgängerüberwege auf der Hauptstraße im Stadtteil Setterich**

Der Vorsitzende verwies auf die Niederschrift der Bereisung der Verkehrskommission vom 19.09.2013.

**Beschluss:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt nahmen die Ausführungen einstimmig zur Kenntnis und beauftragten die Verwaltung, die weitere Entwicklung zu beobachten und den Ausschuss hierüber zu informieren.

9. **Ausweisung eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs, Hauptstraße Setterich;  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Beckers von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen äußerte sich positiv über die Schaffung der „Neuen Mitte“ und die rege Annahme von der Bevölkerung.

Durch die auf beiden Seiten gelegenen Einzelhandelsgeschäfte hätte schon zum Zeitpunkt der Planung mit einer Vielzahl von querenden Fußgängern gerechnet werden müssen. Hierbei sei jedoch größeres Augenmerk auf eine Neuregelung der Parkmöglichkeiten gelegt worden als auf eine sichere Führung der Fußgänger.

Unmittelbar vor dem „Neuen Markt“ hätte ein Fußgängerüberweg angelegt werden müssen. Die in Höhe der Einmündung „Im Bongert“ bzw. „Emil-Mayrisch-Straße“ nunmehr geschaffenen Fußgängerüberwege würden das Problem nicht effektiv lösen.

Er äußerte sich verwundert über die Stellungnahme der Polizei, die den vorgenannten Bereich nicht als problematisch einstufte. Auch die Stellungnahme der ASEAG werfe Fragen auf, da ein Bus bei einer Geschwindigkeit von 20 km/h nur 7,2 Sekunden länger zur Absolvierung der 120 m langen Strecke benötige. Dies müsse der öffentliche Nahverkehr bewältigen können.

Herr Mohr von der CDU-Fraktion äußerte, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen werde. Er wies auf die Stellungnahme der Polizei und die fehlenden rechtlichen Voraussetzungen hin. Auch solle zum Erhalt der Transparenz für die einzelnen Verkehrsteilnehmer nicht noch eine weitere Temporegelung neben den verkehrsberuhigten Bereichen bzw. Tempo-30-Zonen geschaffen werden.

Herr Mandelartz von der SPD-Fraktion wies darauf hin, dass noch immer 25 % der Schulkinder die Fußgängerüberwege nicht zum Queren der Hauptstraße benutzen würden. Die Schaffung einer Tempo-20-Zone würde zum einen die Attraktivität und zum anderen die Sicherheit erhöhen. Auf Grund dessen würde die SPD-Fraktion dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen folgen.

Beigeordneter Brunner erläuterte, dass im Zeitraum 16.10. bis 23.10.2013 Geschwindigkeitsmessungen auf der Hauptstraße vorgenommen worden seien. Bei 91 % der Fahrzeuge in Fahrtrichtung Puffendorf und 93 % der Fahrzeuge in Fahrtrichtung Baesweiler hätte keine Verwarnung ausgesprochen werden können. Dies repräsentiere unproblematische Werte. Er gab einen erneuten Hinweis auf die Stellungnahme der Polizei. Es fehle an rechtlichen Grundlagen zur Schaffung einer Tempo-20-Zone.

#### **Beschluss:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt lehnten den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf Schaffung eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs (Tempo-20-Zone) im Bereich des „Neuen Marktes“ in Setterich bei vier Gegenstimmen ab.

#### **10. Verkehrssituation in der Hofstraße; hier: Antrag des CDU-Ortsverbandes Loverich-Floverich-Puffendorf**

Herr Mohr von der CDU-Fraktion äußerte, dass die von der Verwaltung mitgeteilten Ergebnisse der seitens der StädteRegion Aachen vorgenommenen Geschwindigkeitsmessungen völlig unauffällig seien und demnach kein Handlungsbedarf bestehe.

Beigeordneter Brunner verdeutlichte hierauf, dass die Geschwindigkeitsmessungen vom 18.09. bis zum 25.09.2013 stattgefunden hätten. In Fahrtrichtung Schönstattstraße hätten 96 % und in Gegenrichtung 95,3 % der Fahrzeugführer nicht verwarnt werden können. Auch hier seien die Werte unauffällig.

#### **Beschluss:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt nahmen die Ausführungen zur Kenntnis und baten die Verwaltung einstimmig, von weiteren Maßnahmen abzu- sehen.

**11. Park- und Verkehrssituation in Floverich, Willibrordstraße, im Bereich der dortigen Gaststätte  
hier: Antrag der SPD-Fraktion**

Der Vorsitzende verwies auf die Niederschrift der Bereisung der Verkehrskommission vom 19.09.2013.

**Beschluss:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt beschlossen einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, von weiteren Maßnahmen im Bereich der Willibrordstraße abzusehen.

**12. Verkehrsrechtliche Anordnungen nach der Neugestaltung der Hauptstraße/ 4. Bauabschnitt, zwischen Emil-Mayrisch-Straße und Bahnstraße**

I. und Techn. Beigeordneter Strauch informierte über die weitere Ausbauplanung der Hauptstraße. Der Bau- und Planungsausschuss habe seinerzeit beschlossen, den Bereich von der Sparkasse bis Höhe Kirche nur geringfügig zu erneuern. Im Rahmen einer Bürgerinformation seien hierauf die Bürgerinnen und Bürger beteiligt worden.

Von Anwohnern sei eine Unterschriftenliste erstellt worden, in der sich 36 Personen jedoch für einen Gesamtausbau aussprachen, der auch die Verlagerung der Parkflächen auf die Nebenanlagen beinhalte. Begründet wurde der Antrag damit, dass Geräuschmissionen verhindert würden, wenn der fließende Verkehr nicht mehr durch auf der Fahrbahn parkende Fahrzeuge zum Abbremsen bzw. Anfahren gezwungen werde.

Auf Grund dieser Einlassung sei eine alternative Planung im Rahmen einer Bürgerinformation vorgestellt worden, die den weiteren Ausbau zwischen der Sparkasse und der Kirche beinhalte. Dies wäre allerdings nur unter Verlust von weiteren Parkplätzen möglich, was jedoch von allen Unterzeichnenden auch in Kauf genommen wurde. Die neue Planung habe unter den Besuchern der Veranstaltung Anklang gefunden. Im Nachgang seien noch einzelne Wünsche von Anwohnern hinsichtlich Anordnung von Parkplätzen bzw. Positionierung von Baumscheiben geäußert worden.

Die überarbeitete Planung sei den Anwohnern wiederum zugesandt worden, verbunden mit der Möglichkeit, sich binnen zwei Wochen hierzu zu äußern. Vier Personen, die die Unterschriftenliste seinerzeit unterzeichneten, merkten an, dass die neue Planung zu wenige Parkplätze vorhalte und daher die Ursprungsplanung umgesetzt werden solle.

Beigeordneter Brunner ergänzte, dass auch weiterhin eine Geschwindigkeit von 30 km/h im Zeitraum von 7.00 bis 17.00 Uhr angeordnet werden solle. Des Weiteren wies er auf die Einrichtung von Fußgängerüberwegen im Bereich der Kirche bzw. in Höhe der Querung Wolfsgasse vor der Andreasschule hin.

Darüber hinaus solle - nach Vorbild der Regelungen im bereits ausgebauten Bereich - die eingeschränkte Haltverbotszone mit Zusatz „Parken nur in gekennzeichneten Flächen“ aufgenommen werden. In Bereichen, in denen Gewerbebetriebe angesiedelt sind, solle der Zusatz „mit Parkscheibe 1 Std. frei“ beigefügt werden.

Herr Mandelartz von SPD-Fraktion erkundigte sich, wie viele Parkplätze bei der vorgestellten Planung weggefallen würden.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch verdeutlichte, dass durch die momentan auf der Fahrbahn parkenden Fahrzeuge, die Anzahl der zur Verfügung stehenden Parkplätze



nicht exakt beziffert werden könne. Nach Umsetzung der vorgestellten Planung würden im Bereich Sparkasse bis Einmündung „An der Burg“ ca. sechs bis acht Parkplätze entfallen. Ab Einmündung „An der Burg“ bis zum Ausbauende werden allerdings zusätzliche Parkplätze geschaffen, sodass im gesamten Ausbaubereich nur zwei Parkplätze entfallen würden. Im Ergebnis würden die Laufwege länger werden.

Herr Beckers von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen äußerte, zu einer transparenten Regelung solle die zeitliche Befristung (von 7.00 bis 17.00 Uhr) im neu ausgebauten Bereich aufgehoben werden. Beigeordneter Brunner verdeutlichte hierauf nochmals die Bedenken des öffentlichen Nahverkehrs beim Wegfall der zeitlichen Befristung.

Herr Burghardt von der CDU-Fraktion bat die Verwaltung um Schaffung eines weiteren Fußgängerüberweges im Kreisverkehr Schmiedstraße/ Hauptstraße zur sicheren Querung der Hauptstraße von den Schulkindern, die aus der Schmiedstraße kommen.

Herr Dr. Strank von der SPD-Fraktion erkundigte sich, ob der weitere Ausbau den Baum an der Kirche tangiere. I. und Techn. Beigeordneter Strauch führte hierauf aus, dass der Baum an der jetzigen Position erhalten bleibe.

#### **Beschluss:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt beauftragten die Verwaltung einstimmig, die in der Vorlage dargestellten verkehrsrechtlichen Anordnungen zu treffen und darüber hinaus einen weiteren Fußgängerüberweg im Bereich des neuen Kreisverkehrs Schmiedstraße/ Hauptstraße zu errichten.

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt lehnten den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf Wegfall der zeitlichen Befristung im Bereich Sparkasse bis Bahnstraße von 7.00 bis 17.00 Uhr bei fünf Gegenstimmen ab.

### **13. Abschluss von Verlängerungsvereinbarungen bezüglich der Sammelgroßbehältnisse (Duales System) zwischen der Stadt Baesweiler und der BellandVision GmbH**

I. und Techn. Beigeordneter Strauch verwies auf die ausführliche Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und erläuterte ergänzend, dass bei Einführung des „Grünen-Punkt-Systems“ in Deutschland der Systembetreiber „Der grüne Punkt - Duales System Deutschland GmbH“ Vertragspartner der Stadt Baesweiler gewesen sei.

Nunmehr gebe es jedoch weitere Unternehmen, die die Entsorgung in diesem System übernehmen. Innerhalb der StädteRegion Aachen und der Stadt Aachen ist dies nunmehr die BellandVision GmbH, mit der nun auch die neue Vertragsvereinbarung geschlossen werden soll. Inhaltlich würden sich keine Veränderungen ergeben.

#### **Beschluss:**

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt schlugen dem Stadtrat einstimmig vor wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Baesweiler schließt mit der BellandVision GmbH die Verlängerungsvereinbarung zur Abstimmungsvereinbarung vom 16.11.2007/21.02.2008 und die Verlängerungsvereinbarung zur Vereinbarung über die Kostenbeteiligung an Abfallberatung und Stellflächen von Sammelgroßbehältnissen vom 12.12.2003/16.12.2003 mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2016 ab.

#### 14. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes – Teilkonzept Altkleider – durch den Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)

I. und Techn. Beigeordneter Strauch verwies auf die ausführliche Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und ergänzte, dass die ZEW zuständig für die Abfallentsorgung im Stadtteil Baesweiler sei. Ein Abfallentsorgungskonzept der ZEW hinsichtlich der Entsorgung von Altkleidern hätte es bis dato nicht gegeben. Ziel der ZEW sei es nunmehr, die Kommunen zu einer getrennten Entsorgung von Altkleidern zu verpflichten.

Hinsichtlich einer Altkleidersammlung würden nunmehr seitens der ZEW zwei Konzepte vorgestellt. Die Kommunen könnten zum einen eigene Sammelsysteme einführen oder sich bestehender gewerblicher oder gemeinnütziger Sammelsystemen bedienen.

Die Stadt Baesweiler bediene sich derzeit zur Sammlung von Abfällen der RegioEntsorgung, die nunmehr auch die zwei vorgestellten Systeme prüfe und hieraus ermittelt, welches das Kostengünstigste für den Gebührenzahler sei. Hiernach würde die Entscheidung für ein System fallen.

Frau Kohlhaas von der FDP-Fraktion äußerte, dass in Baesweiler die Altkleider primär vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) eingesammelt würden und davon ausgegangen werde, dass hiermit auch Gewinne erzielt werden. Sie stellte des Weiteren die Frage, ob man das Deutsche Rote Kreuz nicht dazu verpflichten könne, für die Aufstellung von Sammelbehältnissen eine Gebühr zu entrichten, die die anfallende Gebühr für den Steuerzahler decken würde.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch bat, zuerst das Ergebnis der Prüfung durch die RegioEntsorgung abzuwarten, bei der auch die Höhe zu zahlender Gebühren ermittelt werde. Erst dann solle über weitere Schritte nachgedacht werden.

#### Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt nahmen einstimmig zur Kenntnis, dass die Stadt zu der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes – Teilkonzept Altkleider - die Stellungnahme abgibt, dass die Sammlung von Altkleidern sowohl in der Zuständigkeit des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers als auch als gemeinnützige Sammlung gleichrangig ist. Bei der Umsetzung des fortgeschriebenen Abfallwirtschaftskonzeptes ist die Alternative zu wählen, die für den Gebührenzahler die günstigste Variante darstellt.

#### 15. Neufassung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Baesweiler

I. und Techn. Beigeordneter Strauch verwies auf die ausführliche Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt.

#### Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt schlugen dem Stadtrat einstimmig vor zu beschließen:

Der vorliegende Entwurf der Satzung über die Straßenreinigungssatzung (Straßenreinigungssatzung) in der Stadt Baesweiler wird als Satzung erlassen.

**16. Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen im Bereich Mariastraße 4;  
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 23.09.2013**

Herr Mandelartz von der SPD-Fraktion äußerte, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Er bat des Weiteren zu prüfen, ob eine zeitliche Befristung auch bei den Parkplätzen gegenüber des Rathauses bzw. auf dem Besucherparkplatz des Rathauses angeordnet werden könne.

Frau Kohlhaas von der FDP-Fraktion nannte den Antrag einen ersten Schritt zur Regelung des Parkens im vorgenannten Bereich, auch vor dem Hintergrund der geplanten Baumaßnahmen „Am Feuerwehrturm“. Sie bat, den Bereich weiterhin im Auge zu halten und auf die weitere Entwicklung zu reagieren.

Herr Beckers von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen bat, den Beschlussvorschlag um die Parkplätze gegenüber des Rathauses und des Besucherparkplatzes zu erweitern.

Der Vorsitzende schlug vor, die weitere Entwicklung vorerst zu beobachten und über weitere Maßnahmen in Zukunft erneut Beschluss zu fassen.

Herr Mandelartz von der SPD-Fraktion bat, die Verwaltung zu beauftragen, bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses, die genannten Punkte in der weiteren Planung zu berücksichtigen und ein Gesamtkonzept der Parkraumbewirtschaftung vorzustellen.

**Beschluss**

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt beschlossen einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, bei den vorgenannten sechs Parkplätzen eine zeitlich befristete Parkregelung für die Zeit von 7.00 Uhr bis 16.00 Uhr (montags bis freitags) zu schaffen, die das Parken bei Einstellung der Parkscheibe für maximal eine Stunde vorsieht. Sollte sich nach Umsetzung der Maßnahme der Parkdruck nicht verringern, wird der Tagesordnungspunkt erneut aufgegriffen und die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur weiteren Ausschilderung der Parkplätze gegenüber des Rathauses bzw. auf dem Besucherparkplatz des Rathauses vorzustellen.

**17. Mitteilungen der Verwaltung**

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

**18. Anfragen von Ausschussmitgliedern**

Frau Kohlhaas von der FDP-Fraktion wies darauf hin, dass es ihr in den vergangenen Tagen nicht möglich war, die Straße „Am Bergpark“ auf Grund dortiger Kanalsanierungsmaßnahmen zu passieren. Sie bezweifle, dass Rettungsfahrzeuge den vorgenannten Bereich hätten passieren können.

Beigeordneter Brunner erläuterte, dass auch während einer Vollsperrung die Erreichbarkeit für Rettungsfahrzeuge möglich sein müsse. Er sagte eine Prüfung zu.